

WERTSTOFFGESETZ – Eine Bewertung aus Marktsicht

Auf Basis der zwischen den Koalitionsfraktionen ausgehandelten Eckpunkte hat das Bundesumweltministerium den Arbeitsentwurf eines Wertstoffgesetzes vorgelegt.

REMONDIS und ALBA, die zu den führenden Entsorgungsunternehmen in Deutschland gehören, haben den Entwurf auf seine ökologische Relevanz, auf die praktische Umsetzbarkeit sowie auf die Folgen für die Branche und die Verbraucher überprüft.

Vorbemerkung: Lohnenswerte Ziele eines Wertstoffgesetzes

Die Recyclingwirtschaft in Deutschland entspricht heute höchsten Standards. Dies insbesondere bezogen auf die Rückgewinnung von Rohstoffen aus haushaltsnahe, gewerblichem und industriellem Abfall mit dem Ziel, aus den zurückgewonnenen Recycling-Rohstoffen wieder neue Produkte herzustellen.

Gerade beim Recycling von Verkaufsverpackungen hat Deutschland in den letzten 25 Jahren beachtliche Erfolge erzielt. So stieg z.B. der Anteil recycelter Verpackungen aus Pappe, Papier und Karton von 28 Prozent im Jahr 1991 auf über 82 Prozent im Jahr 2011, für Kunststoffe im gleichen Zeitraum von ca. 3 auf rund 47 Prozent (Quelle: GVM / BMUB 2012).

Mittlerweile können bereits 15 Millionen Bürger ihre ausgedienten stoffgleichen Produkte aus Metall und Kunststoff und ihre Verpackungsabfälle gemeinsam in einer Tonne entsorgen. Dies begrüßen wir ausdrücklich.

Trotz aller – inzwischen sieben – Novellen der Verpackungsverordnung wurden die Recycling-Quoten seit 15 Jahren nicht mehr erhöht. Viele Wertstoffe landen noch immer im gemischten Haus- oder Restmüll – und damit in der Verbrennung. Die Produzenten sind auch 24 Jahre nach Einführung der Verpackungsverordnung nur für das Recycling von Verpackungen verantwortlich, nicht aber für ihre Produkte, wenn diese defekt oder kaputt sind.

Daher sollte ein Wertstoffgesetz...

- ✓ **...Anreize dafür schaffen, dass neue umweltfreundliche Techniken für eine verbesserte Rückgewinnung von Recycling-Rohstoffen aus dem Abfall entstehen und deren Einsatz bei der Produktion gefördert wird**
- ✓ **...so ehrgeizig sein, dass es einen nennenswerten Beitrag zum Klimaschutz leistet und zusätzliche Arbeitsplätze entstehen.**
- ✓ **...die Abfallentsorgung und das Recycling von Abfällen aus dem Haushalt für die Bundesbürger nachvollziehbar, transparent und einfacher machen.**






Im Einzelnen sollte das Wertstoffgesetz daher...



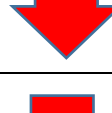
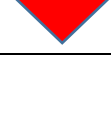
- ...gesetzlich festschreiben, dass die Wiederverwendung (und damit Vermeidung von Abfällen) sowie die Rückgewinnung von Recycling-Rohstoffen aus dem Abfall Priorität hat.

- ...eine schrittweise Erhöhung der Recycling-Quoten vorsehen, um die Menge an getrennt gesammelten „trockenen“ Abfällen signifikant zu steigern. Dies ist die Voraussetzung für ein qualitativ hochwertiges Recycling.
- ...die Produzenten auch für das Recycling ihrer Produkte in die Pflicht nehmen.
- ...wirksame Anreize setzen, damit Hersteller verstärkt Recycling-Rohstoffe verwenden.
- ...durch eine verbesserte Finanzierung sicherstellen, dass die mittelständisch geprägten Unternehmen der Recyclingwirtschaft in Deutschland ihre Investitionen sicher planen können.
- ...keinen Marktteilnehmer einseitig bevorzugen oder benachteiligen.

Vor dem Hintergrund dieser genannten Ziele bewerten wir den vorliegenden Gesetzentwurf wie folgt:

Inwiefern werden mit den Eckpunkten/ Gesetzentwurf die Ziele in der Praxis erreicht?

Ziel	Wird erreicht	Wird nicht erreicht
Anhebung Recyclingquoten		
Investitionsanreize für neue Techniken		
Stabile Entsorgungsgebühren		
Entsorgung wird für den Verbraucher einfacher		
Mehr Transparenz für die Verbraucher		

Ziel	Wird erreicht	Wird nicht erreicht
Anreize für den verstärkten Einsatz von Recycling-Rohstoffen		
Klare Priorität für Abfallvermeidung und Recycling		
Keine Bevorzugung einzelner Marktteilnehmer		
Stabile Finanzierung		
Verstöße werden effektiver sanktioniert		

Die Tabelle zeigt, dass der Gesetzentwurf wesentliche Ziele im Sinne einer Weiterentwicklung der Abfallwirtschaft zu einer Kreislaufwirtschaft mit einem deutlich verbesserten Ressourcen- und Umweltschutz nicht erfüllt.

Lediglich die geplante Erhöhung der Recyclingquoten und die für manche Bürger einfachere Entsorgung aller trockenen Wertstoffe in einer Tonne sind positiv zu bewerten. Allerdings sollten erhöhte Verwertungsquoten auch auf Basis vorgegebener, ambitionierter Erfassungsmengen als Ziel gesetzt werden. Die erheblichen Zusatzpotentiale insbesondere für den Klimaschutz bleiben völlig ungenutzt.

Dem gegenüber schafft das Gesetz keine Rahmenbedingungen, die die Entstehung neuer Techniken und Arbeitsplätze im Bereich der Kreislaufwirtschaft fördern. Auch eine sichere und verlässliche Finanzierung der Wertstoffsammlung für alle Haushalte wird mit dem Vorschlag nicht erreicht – Im Gegenteil

bleibt durch unpräzise Definitionen ein erheblicher Interpretationsspielraum, ohne dass nachgeordnete Behörden der Länder irgendeine Hilfestellung beim Vollzug durch Verwaltungsanweisung erhielten.

Auch die Übertragung des Eigentums an den Wertstofftonnen auf die Kommunen sehen wir kritisch: Diese Regelung, die einem Tonnen-Verbot für die Privatwirtschaft gleichkommt, bevorzugt einseitig die kommunalen Entsorgungsunternehmen, die sich so eine neue Einnahmequelle erschließen können. Ein ökologischer oder sonstiger Nutzen ist dagegen nicht erkennbar, vielmehr würde eine Verstaatlichung einer Enteignung gleichkommen.

Fazit: Ein Gesetz für die Tonne

Wir haben kein Verständnis für eine Gesetzesvorlage, die so weit hinter den im Programm „ProgRes“ von der Bundesregierung selbst gesetzten Zielen für mehr Ressourcenschonung sowie den bereits existierenden Möglichkeiten und Potentialen der Branche zurückbleibt. Weder schafft die Vorlage Anreize für eine Weiterentwicklung der Recyclingtechnik, noch für neue Arbeitsplätze oder weniger Müllverbrennung. Stattdessen sind bei einer minimal verbesserten Recyclingausbeute letztlich unverhältnismäßig höhere Kosten für den Verbraucher zu erwarten.

Angesichts der in Deutschland bereits erreichten Erfolge bei der Rückgewinnung, beim Erreichen von Recycling-Quoten und der Tatsache, dass die Wertstofftonne bereits seit elf Jahren gelebte Praxis für inzwischen 15 Millionen Bürgerinnen und Bürger ist, halten wir den Gesetzentwurf für kontraproduktiv, praxisfern und überflüssig.